

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 393 12. Sept. 2007

14. Jahrgang

Si Dios quiere – Vom Widerspruch zwischen einem modernen Staat und der göttlichen Vorsehung

Während der guatemaltekischen Wahlenkampagne zeigte sich einmal mehr, über welch politisches Gewicht die vermeintlich apolitischen evangelikalen Kirchen verfügen. Nachdem ihr eigener Kandidat, Harold Caballeros, zurückgetreten war, hörte man nur vereinzelte (wahl-)politische Stellungnahmen von ihnen. Vor einigen Tagen traten sie jedoch mit der Bekanntgabe an die Öffentlichkeit, dass ein Teil von ihnen mit „Gebet und Stimmabgabe“ den rechten Kandidaten Otto Pérez Molina unterstützen wird. Seinen Gegner, Alvaro Colom, würden sie nicht zur Wahl empfehlen, da er ein Mayapriester sei. Derweil bläst Ex-General Pérez Molina ins evangelikale Horn: „Jehova ist der Gott der Armeen, er hat nichts gegen die Militärs“, sagte er bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit evangelikalen Priestern.

Der folgende, stark gekürzte Artikel von Andrés Pérez Baltodano, Dozent für Politikwissenschaften in Kanada, über die Beziehung von Staat und Religion in Lateinamerika und die Gefahr, Religion für politische Zwecke zu missbrauchen, erschien in der Zeitschrift *envío* von Juli 2007.

In Lateinamerika glauben die Menschen an die göttliche Vorsehung. Dieser Glaube ist ein Erbe der Kolonialzeit und erlebt heute in den evangelikalen, pfingstlerisch-charismatischen Bewegungen einen neuen Aufschwung. Der Glaube an die göttliche Vorsehung hat eine politische Kultur geschaffen, die von SozialwissenschaftlerInnen als „resignierter Pragmatismus“ bezeichnet wird und die soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten als gottgegeben akzeptiert. Sie ist nicht vereinbar mit einem modernen Staat, dessen Aufgabe es ist, die neoliberalen Werte des Marktes mit den grundlegenden Werten einer Demokratie in ein Gleichgewicht zu bringen.

In Lateinamerika wurde die in Europa historisch gewachsene Idee des Staates übernommen, um die republikanische Geschichte der Region neu zu organisieren. Dabei wurden legale Normen über bestehende Realitäten gestülpt, die u.a. von Rassismus und ethnischen wie sozialen Spaltungen geprägt sind und es wurde auf institutionelle Apparate aufgebaut, die weder in der Lage sind noch über die notwendige Legitimität verfügen, um dieses Staatsmodell effektiv umzusetzen.

Die Übernahme der europäischen Staatsidee war der Beginn dessen, was Carlos Fuentes die "ungelöste Spannung zwischen dem *legalen* und dem *realen* Land" nannte. Diese Spannung – zwischen der Vorstellung eines freien, gerechten und demokratischen Lateinamerikas auf der einen und dem von Autoritarismus und Ungerechtigkeit geprägten Lateinamerika auf der anderen Seite – findet ihren Ausdruck im Zusammentreffen zweier inkompatibler Realitäten: der formalen Modernisierung der lateinamerikanischen Staaten und der tief verwurzelten, vormodernen religiösen und politischen Kultur.

Von vormodern zu sprechen will nicht suggerieren, dass es eine von den Ländern des Nordens angeführte Entwicklungslinie gibt. Es geht vielmehr darum, die wichtigsten Über-

einstimmungen zwischen dem in Lateinamerika vorherrschenden Verständnis von Geschichte und demjenigen des europäischen Mittelalters hervorzuheben. Fast während des ganzen Mittelalters wurde Geschichte wahrgenommen als ein von Gott und dem Zufall gelenkter Prozess. Modernität bedeutete das Aufkommen einer neuen Weltanschauung, in der die BürgerInnen das Recht und die Pflicht haben, ihre eigene Geschichte aktiv mitzuprägen.

Ein nicht berücksichtigter Widerspruch

Die Studien über Staat und politische Entwicklungen in Lateinamerika haben es unterlassen, die Widersprüche zwischen der formalen Modernisierung der Staaten und dem vormodernen Kultur- und Religionsverständnis der Bevölkerungen zu thematisieren. Es wurden implizit die historischen Prämissen der Sozialwissenschaften des Nordens übernommen und automatisch davon ausgegangen, dass die lateinamerikanische Entwicklung in einem säkularen Rahmen stattfindet, losgelöst von allem Heiligen, Göttlichen, Religiösen oder Übernatürlichen.

Wenn die religiösen Dimensionen einbezogen werden, geschieht dies aus einer institutionellen Perspektive heraus. Es werden z.B. die formalen politischen Beziehungen zwischen Kirche und Staat analysiert, oder die Rolle religiöser Gruppierungen bei der Ausformulierung öffentlicher Politiken untersucht. Dabei wird die diskursive Macht und der kulturelle Einfluss von religiösen Organisationen unterschätzt, ihr Einfluss auf die Definition sozialer Visionen, die sowohl die Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten wie auch die politische Haltung der Bevölkerung prägen.

Studien über politische Kultur, die im Rahmen politi-

scher oder soziologischer Untersuchungen durchgeführt wurden (z.B. die UNDP-Studie „Demokratie in Lateinamerika, 2004) vermeiden es, Glaubenfragen einzubeziehen, obwohl diese prägend sind für die Vorstellungen über die Welt, die Macht und die eigene Geschichte. In den meisten dieser Studien wird der Einfluss der religiösen Kultur auf das politische Handeln und Fühlen der Bevölkerung ignoriert. Sie gehen unhinterfragt davon aus, dass die von ihnen analysierten Gesellschaften säkular sind.

Die Meinungsumfragen über politische Kultur, die z.B. *Latinobarometer* durchführt, berücksichtigen die religiösen Werte in keiner Weise, obwohl dieselbe Organisation in anderen Studien die Religiosität in den Ländern der Region untersuchte. Die katholische Kirche schneidet in diesen Untersuchungen gar als die glaubwürdigste Institution ab. (*Latinobarometer*, 2005)

Es ist nicht notwendig an Gott zu glauben, um die verschiedenen Gottesvorstellungen anzuerkennen, die das soziale Leben eines Grossteils der Bevölkerungen prägen. In Guatemala sagten anlässlich einer im Jahr 2004 in insgesamt 44 Ländern durchgeführten Meinungsumfrage 80% der Befragten, dass Gott eine „sehr wichtige“ Rolle in ihrem Leben spiele. In Argentinien bestätigten 39%, in den USA 59%, in Italien 21% diese Aussage und in Frankreich sind es 11%.

Göttliche Vorsehung und populärer Katholizismus

Das in Lateinamerika vorherrschende Bild der göttlichen Vorsehung versteht Gott als eine Kraft, die alles und jeden Aspekt der persönlichen, gesellschaftlichen und weltpolitischen Geschichte bestimmt. Folgsamkeit und Gefügigkeit werden im traditionellen lateinamerikanischen Katholizismus als religiöse Tugenden hervorgehoben.

Im Bereich von Pädagogik und Bildung zeigte der Brasilianer Paulo Freire auf, wie sich das „Bewusstsein der Unterdrückten“ in einer magischen Welt bewegt, in der die Opfer der Unterdrückung ihr eigenes Leiden als eine göttliche Vorhersehung interpretieren und akzeptieren. Laut Untersuchungen glauben 9 von 10 MexikanerInnen an die göttliche Vorsehung und bitten die Jungfrau Guadalupe oder eineN andereN HeiligeN bei persönlichen Problemen um Hilfe. Im lateinamerikanischen „Volkskatholizismus“ ist das Bild von einem Gott, der durch Engel, Heilige und übernatürliche Kräfte den Verlauf der Geschichte

bestimmt oder die Menschheit für ihre Sünden bestraft, zentraler Bestandteil des Glaubens.

Das Erstarken des Glaubens an die göttliche Vorsehung

Aktuell erleben die Pfingstgemeinden und charismatischen Bewegungen in der ganzen Region einen Auftrieb. Die zentralen Elemente der pfingstlerischen Doktrin sind die „spirituellen Begabungen“ und die Glaubenstaufe. Die charismatische Bewegung ist eine Abspaltung der Pfingstgemeinden, spezifisch für sie ist der Glaube an die Gabe des „Zungenredens“.

In jüngerer Zeit haben pfingstlerische und charismatische Gruppierungen ihre Ablehnung gegenüber der Politik etwas relativiert und begonnen, auf dem politischen Parkett mitzuspielen. Zur Legitimierung haben sie die Politik als ein Instrument des „Willen Gottes“ umdefiniert. In diesem Verständnis verfügt Gott weiterhin über die Kontrolle der Geschichte, benutzt jedoch einzelne Führer oder religiöse Gruppen, um seine Macht auf Erden auszuüben. Diese Variante der göttlichen Vorsehung birgt jedoch die Gefahr der Manipulation und eines fanatischen und autoritären politischen Führungsstils in sich.

Die Pfingstgemeinden besitzen die Fähigkeit, den Glauben an die göttliche Vorsehung auch in andere Religionen hineinzutragen. Dies zeigt sich in Guatemala, wo gemäss Umfragen 88% der guatemalteckischen PfingstgemeindlerInnen an göttliche Wunder glauben. 70% der KatholikInnen und bis zu 64% jener, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, geben zu, ähnliche Wundererlebnisse gehabt zu haben.

Zwischen 1970 und 2005 stieg Lateinamerikaweit der Anteil der charismatischen und Pfingstbewegung von 4.4% auf 28% aller Gläubigen. In Guatemala gehören rund 60% der Bevölkerung einer solchen Gruppierung an.

Der resignierte Pragmatismus

Der Glaube an die göttliche Vorsehung verleitet zur Annahme, dass das individuelle, familiäre und soziale Schicksal durch fremde Kräfte vorbestimmt ist. Dies führt innerhalb der Bevölkerung zu einer so genannten pragmatisch-resignierten politischen Kultur. Die Realität wird als eine historische Bedingung wahrgenommen, die nichts mit dem eigenen Denken und Handeln zu tun hat. Der resignierte Pragmatismus ist am deutlichsten bei den unteren Bevölkerungsschichten anzutreffen. Armut

und schlechte Schulbildung hat sichtbare Passivität und eine fatalistische Haltung gegenüber Ungerechtigkeit, Korruption und selbst Naturkatastrophen zur Folge.

Doch auch die lateinamerikanischen Eliten bleiben vom resignierten Pragmatismus nicht verschont. Sie schwelgen in ihren Privilegien, aber sie sind nicht in der Lage, ihren Horizont über die eigene Realität hinaus zu erweitern, womit sie jegliche wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung verhindern.

In seiner Rede als damaliger Präsident der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* bedauerte Enrique Iglesias, dass die politische Kultur der lateinamerikanischen Eliten dazu tendiere, Armut, Ineffizienz und Unterentwicklung zu tolerieren. Dazu kommt eine Aversion, wirtschaftliche und politische Risiken einzugehen und parallel dazu ein Widerstand gegen Demokratisierungsprozesse auf Regierungs- aber auch auf gesellschaftlicher Ebene. Diese Elite zieht Staatsformen vor, die sie ihren Interessen entsprechend kolonisieren können, oder Staatssysteme, die sie manipulieren können, um die ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht aufrechtzuerhalten, wie dies in den meisten Staaten Zentralamerikas der Fall ist.

Die Entstehung des Staates in Europa

Die Modernisierung hat den Aufbau einer Staatsstruktur ermöglicht, die

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e. V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

auf Herrschaft beruht und der es gelang, die europäische soziale Ordnung gemäss der neuen materiellen Realität – dem Kapitalismus – auszugestalten. Dazu gehörte auch ein neues Verständnis von Gott, der Geschichte und der Menschheit. In dieser neuen Betrachtungsweise teilt Gott mit dem Staat die Aufgabe, die Zukunft der Menschheit zu bestimmen: *Es ist die Generation des Grossen Leviathan, des sterblichen Gottes, dem wir unter dem ewigen Gott allein Frieden und Schutz zu verdanken haben* (Thomas Hobbes).

Die Definition einer Ebene zwischen Staat und Gott – der Ebene der Vernunft – war der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer vom Staat regelten Sozialgeschichte. Als Teil dieses Prozesses verdrängt die Philosophie allmählich die Theologie und die Idee eines „omnipräsenten Gottes“ wurde ersetzt durch den „omnipräsenten Gesetzgeber“.

Liberaler und weltlicher Staaten?

Lateinamerika erlebte nicht denselben kulturellen Bruch wie Europa. Die Trennung von Kirche und Staat fand im 19. Jahrhundert statt, war jedoch nicht der Ausdruck eines Kulturwechsels oder einer Veränderung der religiösen Mentalität der Gesellschaften.

Das Fortbestehen der Vorstellung eines omnipotenten Gottes in der lateinamerikanischen Kultur drückt sich auf institutioneller Ebene in der Schwäche der Staaten und in den brüchigen und unvollständigen bürgerlichen Rechtsstrukturen aus. Die Schwäche der lateinamerikanischen Staaten zeigt sich, unter anderem, in ihrer beschränkten Fähigkeit zur sozialen Regulierung, in ihrer geringen Legitimität und in ihrer generell mangelnden Fähigkeit, Entwicklungen voranzutreiben.

Schwache Staaten und eine Bevölkerung ohne Staatssinn

Nach etwa zwei Jahrhunderten nationalstaatlichen Lebens steht es um die lateinamerikanischen BürgerInnenrechte schlecht. Die oben zitierte Studie der UNDP aus dem Jahr 2004 zeigt ein deprimierendes Panorama auf bezüglich der „integralen Staatsbürgerschaft“: Der Anerkennung der politischen, zivilen und sozialen Rechte der BürgerInnen.

Während der letzten 25 Jahre wurden die lateinamerikanischen Staaten in Funktion des globalen Marktes und der internationalen Organisationen reorganisiert. Dies hat die Fähigkeit der Regierungen, auf die Bedürfnisse ihrer Bür-

gerInnen einzugehen, zusätzlich verringert, ebenso die Möglichkeiten der BürgerInnen, Einfluss auf das staatliche Handeln zu nehmen.

Aber der Neoliberalismus ist nicht bloss ein Prozess wirtschaftlicher und institutioneller Veränderung. Er ist auch ein kulturelles Phänomen, dessen Ziel die Einführung und Gewöhnung an ein weltweites ethisches System ist, das sich in Lateinamerika auf perverse Art mit der religiösen und der vorherrschenden politischen Kultur vermischt. Im neoliberalen Modell bildet der Markt die Variable, der sich alle anderen sozialen Bereiche unterwerfen müssen: Arbeitsrechte, Bildung, die Rolle des Staates, die Sozialpolitik, etc.

Christliche Tradition als Grundlage der Demokratie

Im neoliberalen Denken hängt die Verwirklichung eines würdevollen und sicheren Lebens von den Fähigkeiten des Individuums ab, sich erfolgreich auf dem Markt zu behaupten.

Im Gegensatz dazu geht es bei den substantiellen Werten der Demokratie um die Würde der Person als unabhängiges Individuum. Der Rechtsstaat ist der wichtigste institutionelle Ausdruck des Gleichgewichts, das demokratische und fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften zwischen der marktbestimmten Rationalität und der wertegeleiteten Rationalität suchen. Die Aufgabe des Rechtsstaates ist es, den Markt zu schützen, die Macht des Staates zu beschränken und den dem Kapitalismus schädlichen sozialen Effekten entgegenzuwirken.

Der lateinamerikanische Katholizismus hat immer als eine subjektive und individuelle Lebensform gegolten. Auch wenn die Sozialdoktrin des II. Vatikanischen Konzils nie zu einem sozialen Modell für Lateinamerika wurde, das in der Lage gewesen wäre, die Aufgaben eines Rechtsstaates zu übernehmen, ist wohl die Befreiungstheologie die wichtigste Ausdrucksform dieser Sozialdoktrin und bildete eine grosse Herausforderung für die AnhängerInnen des Glaubens der göttlichen Vorsehung. Das integrale Verständnis der Befreiungstheologie humanisierte das Christentum und veränderte das Evangelium in eine historisch und sozial bedeutsame Botschaft.

Das Schicksal der Befreiungstheologie ist bekannt. Johannes Paul II griff sie an, weil er in ihr eine Bedrohung für die Einheit der Kirche sah. Gegenüber dem von der Befreiungstheologie ge-

brauchten Begriff der „strukturellen Sünde“, mit der die in Lateinamerika vorherrschenden sozialen Strukturen angeprangert wurden, verteidigte der Vatikan das Verständnis von Sünde als einer individuellen Angelegenheit, die nur über die persönliche Umkehr überwunden werden kann.

Und auf den Versuch der Befreiungstheologie, die Verantwortung des Christentums im historischen Kontext zu thematisieren, antwortete Johannes Paul II u.a. mit einer Reihe von Heilig- und Seligsprechungen und bestärkte so die verinnerlichte, subjektive und emotionale Tradition des Glaubens an die göttliche Vorsehung.

Die Vorhersehung Gottes kann neoliberal sein

Der Glaube an die göttliche Vorsehung der katholischen Kirche, ebenso wie der Pfingstgemeinden und charismatischen Bewegungen, spielt auf eine perverse Art der neoliberalen Kultur in die Hände, indem er deren schädlichsten Aspekte stärkt, auf denen sich heute der Markt ausbreitet. Ein Geist, der darauf konditioniert ist zu denken, dass es einen Gott gibt, der alles entscheidet, ist ein Geist, der dazu verdammt ist, die Geschichte als etwas Fremdes zu erleben, das nichts mit seinem/ihrem oder dem gesellschaftlichen politischen Handeln zu tun hat. Eine solche Einstellung ist dem Neoliberalismus äusserst dienlich und trägt dazu bei, die wirtschaftlichen Entscheide gegenüber sozialen und politischen Kämpfen immun zu machen. Ein Geist, der die Welt als einen seligen Ort versteht, in dem die Menschheit mit übernatürlichen Kräften zusammenlebt, die ihr Schicksal bestimmen, ist ebenso ein Geist, der die quasi-religiösen Visionen des neoliberalen Marktes akzeptiert und diese als abstrakte, komplexe und selbstregulierte Phänomene sieht, die auf mysteriöse Weise zum „Besten für alle“ beitragen und Gefühle wie Rivalität oder Neid neutralisieren. Eine Gesellschaft, die Politik als den Versuch versteht, sich pragmatisch und resigniert mit den Bedingungen abzufinden, die unsere Gesellschaft prägen ist, eine Gesellschaft, die bereit ist, die sozialen Kosten des Neoliberalismus und der globalen Marktwirtschaft zu bezahlen. Die Idee eines Gottes, der über alles bestimmt, ist die passende Maske, um die Funktionsweise der „unsichtbaren Hand“ des Marktes zu verdecken, der mit dem Zeigefinger bestimmt, wer zu essen hat und wer nicht, wer in der heutigen Welt überlebt und wer nicht.

Der vorliegende ¡Fijáte! wurde am Vorabend der guatemaltekischen Wahlen geschrieben. Bis er im Briefkasten oder der Mailbox der LeserInnen ist, sind die Wahlergebnisse bereits bekannt. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, den Redaktionsschluss um einen oder zwei Tage zu verschieben, weil wir davon ausgehen, dass es länger dauert, bis die ersten wirklich brauchbaren Wahlanalysen vorliegen. Um den LeserInnen aber trotzdem etwas vom Wahlfieber – oder ist es vielleicht eher Wahlpragmatismus? – vermitteln zu können, veröffentlichen wir den folgenden Bericht von Yvonne Joos, die zur Zeit für Peace Watch Switzerland (www.peacewatch.ch) in Guatemala ist.

Zur Stimmung vor den Wahlen in Guatemala

Die bevorstehenden Wahlen verfolgen einen auf Schritt und Tritt – in den Städten, die mit Wahlplakaten voll geklebt sind, genauso wie auf dem Land, wo einem die Köpfe der KandidatInnen und die bunten Symbole der Parteien von allen Hauswänden und Steinen am Strassen- und Wegrand entgegenleuchten. Die Panamericana (Hauptverbindungsstrasse quer durchs Hochland) wird genauso von Wahlpropaganda gesäumt wie die ungeteerten, holprigen Überlandstrassen. Wer sich dieser visuellen Dauerberieselung (oder -belästigung) entziehen will, muss weit gehen. Zum Beispiel in die Berge im Norden des Departements Huehuetenango, nahe der Grenze zu Mexiko, wo keine *camioneta* hinfährt, wo man nur noch zu Fuss weiterkommt, oder mit etwas Glück mit einem der selten verkehrenden Pickups. Auf den einsamen Wegen zwischen den verstreut liegenden, manchmal nur zwei Dutzend Häuser zählenden Dörfern, hat das Auge Ruhe. Erst in den *aldeas* holen einen die Plakate und bepinselten Steine wieder ein, unausweichlich, unerbittlich.

Die fast flächendeckende Präsenz der Wahlpropaganda einerseits und die Information über die Inhalte der Parteiprogramme und die Versprechungen der KandidatInnen andererseits sind allerdings zwei Paar Schuhe. Manchmal wissen die *campesinos/-as* nicht einmal die Namen der Parteien, deren Plakate an ihren Hauswänden hängen.

In einer *comunidad* an den oft von dichten Nebelschwaden behangenen, steilen Berghängen Huehuetenangos zum Beispiel, werden bei den Bürgermeisterwahlen viele für die Partei *Desarrollo Integral Auténtico* (Authentische Integrale Entwicklung) stimmen – ohne zu wissen, was das Kürzel DIA bedeutet, ohne lesen zu können, was auf dem Flugblatt der Partei steht, das sie bei einer Wahlveranstaltung in die Hand gedrückt bekommen haben. Auf diesem verspricht die Partei, sich für “trabajo, tortilla, tierra, techo” (Arbeit, Tortilla, Land, Dach) einzusetzen. “Die sind hier vorbeigekommen, sie wissen, wie wir hier leben und werden sich für uns einsetzen”, meint Isidro*. “Wahrscheinlich werde ich für diese Partei stimmen.” Isidro hat 1982 als zwölfjähriger Junge seine Eltern in einem von der Armee verübten Massaker verloren. Nur weil er die Schafe und Ziegen in den Bergen hütete, als die Soldaten ins Dorf kamen und

die BewohnerInnen, inklusive Kinder, grausam umbrachten, ist er heute noch am Leben. Er hat seine Zeugenaussage gegen Ríos Montt, den Hauptverantwortlichen dieses und zahlreicher weiterer Massaker in den Jahren 1982 und 83, abgegeben und einen Antrag auf Wiedergutmachungs-Zahlungen gestellt. In der *Asociación para la Justicia y la Reconciliación* (AJR) engagiert er sich mit viel Herzblut dafür, dass Ríos Montt für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen wird. An der Wand seiner einfachen Lehmhütte hängen nebst der Propaganda der *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) (Partei des bei den Meinungsumfragen an der Spitze liegenden Alvaro Colom) und des DIA auch zwei Plakate der *Frente Republicano Guatemalteco* (FRG), der Partei von Ríos Montt. Auf die Frage, warum er diese Plakate hier habe, wo er sich doch aktiv im Prozess gegen den Ex-General engagiere, lacht er nur: „Das hat nichts miteinander zu tun. Sie haben mir dafür, dass sie die Plakate an mein Haus hängen durften, ein *refresco* (Stüssgetränk, das umgerechnet ca. 70 Rappen oder 50 Eurocents kostet) geschenkt.“ Die Besucherin ist sprachlos...

Die *Partido Patriota* (PP), deren Propaganda sowohl in den Städten als auch auf den Hauptverkehrswegen und in den Zeitungen omnipräsent ist, ist in den Dörfern im Norden Huehuetenangos kaum vertreten. Orange, die Farbe der PP, sieht man hier allenfalls in Kombination mit grün – mit den Farben orange und grün sowie dem unverkennbaren Maiskolben als Symbol schmückt sich die *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG), die ehemalige Guerilla. In einem Dorf nahe der mexikanischen Grenze wollen 80 Prozent der Bevölkerung die URNG wählen. Der Rest tendiert zu UNE oder PP – wobei die UNE gemäss Auskunft eines seit Jahren dort lebenden Europäers 400 Quetzales (knapp 70 Franken) pro Stimme bezahlt. Das ist hier, wo eine Banane keine 5 Rappen kostet, viel Geld.

Auch wenn sich die Leute in den abgeschiedenen Dörfern über den Mangel an Informationen beklagen, wissen einige doch, dass Otto Pérez Molina, der Präsidentschaftskandidat des PP, ein ehemaliger Militär ist. In den Bergen Huehuetenangos, wo viele Familienangehörige in den von der Armee verübten Massakern der 1980er Jahre verloren haben, ist das ein wichtiger Grund,

Pérez Molina nicht zu wählen. “Die mano dura (die ‘harte Hand’ ist das Symbol des PP) richtet sich gegen uns Indígenas”, bringt Pablo* die Befürchtungen auf den Punkt. Er ist *campesino* in einem Weiler, in dem u.a. Angehörige von Opfern eines Massakers im Jahr 1982 seit ihrer Rückkehr aus dem Exil in Mexiko leben. Gleichzeitig führt die fehlende Information aber auch zu einer gewissen Beliebigkeit im Wahlverhalten. Die Leute auf dem Land kennen meist nur jene Parteien, die mit einem fähnchengeschmückten und mit einem Megaphon versehenen Pickup ihre Gemeinde besucht und eine Wahlveranstaltung durchgeführt haben. Diese Parteien werden am Wahlsonntag die Leute mit Bussen abholen und sie “gratis” in eines der Wahlzentren chauffieren – als Gegenleistung wird das Wählen der entsprechenden Partei erwartet.

Obwohl im Hochland von Huehuetenango fast ausschliesslich Indígenas leben, sind die indigene Präsidentschaftskandidatin und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und ihre Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) dort kaum präsent. Überhaupt sind Indígenas wie Frauen unter den KandidatInnen – sowohl fürs PräsidentInnenamt als auch fürs nationale Parlament und die Bürgermeistereien – einmal mehr krass untervertreten.

Während in den Meinungsspalten der Zeitungen mit Argumenten wie Vaterlandsliebe und der Notwendigkeit der Zukunftsgestaltung für die Teilnahme an den Wahlen geworben wird, ruft das *Colectivo de Organizaciones Sociales* (COS) in ganzseitigen Inseraten zur Wahlabstinenz auf. “No vote por militares”, “no vote por empresarios corruptos”, “no vote por mafias y crimen organizado” und “otra Guatemala es posible” sind ihre Slogans (wähle keine Militärs, wähle keine korrupten Unternehmer, wähle keine Vertreter der Mafia oder des organisierten Verbrechens, ein anderes Guatemala ist möglich). Ein Lehrer und Maler aus Quetzaltenango fasst die dahinter stehende Überzeugung so zusammen: “Solange die Oligarchie – namentlich der Unternehmerverband CA-CIF – die neuen Reichen (zu ihnen gehört auch Ríos Montt) und das Militär die Macht in den Händen haben, ändert auch ein neuer Präsident nichts in diesem Land.”

* Name geändert

Wahlklima = Gewalklima

Guatemala, 08. Sept. Mehr als 50 Personen haben während der Kampagne der Wahlen 2007 auf gewaltsame Weise ihr Leben verloren. In ihrer Mehrheit handelt es sich dabei um AspirantInnen auf Posten eines Bürgermeisteramtes und andere lokale Stadtratsämter. Aber auch KandidatInnen für den Kongress, BeraterInnen und Familienangehörige von politischen AktivistInnen bzw. AmtsinhaberInnen sind zu Opfern geworden.

Allein im Mord gegen den Berater der *Patriotischen Partei* (PP), Rodolfo Vielmann Castellanos, im März 2006 ist der Täter jetzt zu 33 Jahren Haft verurteilt worden, und nur im Fall des Mordes an dem Aspiranten auf einen Parlamentssitz für die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), Mario Piraval, der nur einen Monat später stattfand, schliesst die Staatsanwaltschaft politische Motive nicht aus. Es ist wohl die Schwierigkeit der Definition politischer Gewalt, die einige TäterInnen veranlasst, den Wahlkontext zur Irreführung der Ermittlungen zu nutzen. Gleichzeitig ist auf lokaler Ebene oft bekannt, dass derzeitige AmtsinhaberInnen ihre schmutzigen Geschäfte durch eine Wiederwahl unbedingt decken wollen oder aber das organisierte Verbrechen Schmiergelder zahlt, damit manch eineR seine/ ihre Gegen-Kandidatur zurückzieht.

So wurden selbst von den WahlbeobachterInnen der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) im Vorfeld des Wahlsonntags mindestens 110 Munizipien – von 332 – als Konfliktgefährdet eingeschätzt, sei es während des Urnenganges gegen die Installationen der Wahllokale, Häuser der KandidatInnen oder die Wahlhelfenden oder aber bei der Bekanntgabe der Ergebnisse.

Auch zahlreiche Presseleute von Radio, Fernsehen und Zeitung berichten von gewalttätigen Aktionen gegen sich. Sei es – wie gegen viele KandidatInnen v. a. der UNE, PP, der Regierungspartei GANA und dem *Encuentro por Guatemala* – wenn nicht mit tödlichen Folgen doch mittels Morddrohungen und anderen Einschüchterungsversuchen oder zeitweiliger Geiselnahme. Dies erlebte ein TV-Kameramann, der auf dem Weg nach Cubulco, Baja Verapaz, war. Dort war der amtierende Bürgermeister, der bei den Wahlen für die *Patriotische Partei* kandidiert, dabei, kurz vor den Wahlen die Umgestaltung des Zentralparks in Angriff zu nehmen. Dafür sollten zahlreiche Bäume gefällt werden. Die

Bevölkerung, die diese Aktion für Propaganda hält, versuchte mit Hilfe der Vermittlung durch den indigenen Bürgermeister Cubulcos die Situation zu klären, doch der „offizielle Bürgermeister“ verweigerte jeglichen Dialogversuch. Der indigene Repräsentant der Gemeinde sollte daraufhin auf Befehl von oben seine Bürgermeisterei verlassen. Die protestierenden AnwohnerInnen machten sich wütend auf den Weg des Wohnhauses des Bürgermeisters, wo dessen Bodyguards sie mit Schlägen und Schüssen erwarteten. Ein 43jähriger Mann und ein zufällig anwesender 11jähriger Schuhputzjunge wurden tödlich getroffen, sechs weitere Menschen verletzt. Die Polizei schaffte es, den Bürgermeister samt Familie vor dem Groll der Bevölkerung zu retten. Diese machte sich die Funde in dem Wohnhaus des Stadtvorstehers zur Beute: drei grosse Pakete mit Bargeld, nach Polizeischätzungen etwa 2 Mio. Quetzales, und eine Menge an Juwelen. Der Bürgermeister hatte sein Amt 12 Jahre in Folge inne.

So wie dieser hoffen insgesamt 263 (von 322) BürgermeisterInnen auf eine Wiederwahl, teilweise zum 5. oder 6. Mal und meist unter einer anderen Parteiflagge als der vorherigen. Auf der Liste der Kongressabgeordneten sind es 121 KandidatInnen von den 159 „alten“, von denen nach Schätzungen rund 95, als 60% ihren Sitz so gut wie sicher haben. Dabei gilt Guatemala als Friedhof der Parteien: seit 1984 sind 64 Parteien wieder von der Wahlbühne verschwunden.

Aber die schwarzen Kampagnen unter den KandidatInnen, zu denen mancherorts die gegenseitige Zerstörung der Wahlplakate gehört oder die Duplizierung von Personalausweisen, die Einschreibung von längst Verstorbenen oder, im Grenzgebiet, die Einschreibung von HonduranerInnen ins Wahlregister, werden auch auf der nationalen Ebene geführt. So beschuldigen sich UNE-Kandidat Alvaro Colom und Otto Pérez Molina von der PP gegenseitiger Intrigen und prangern die offensichtlichen Schwächen des anderen an – Coloms Partei ist nicht frei von Mutmassungen, Mitglieder des organisierten Verbrechens in ihren Reihen zu haben, ausserdem wird der Kandidat als Weichling dargestellt – demgegenüber sieht sich Pérez mit seiner militärischen Vergangenheit und aktiven Zeit während des internen bewaffneten Konflikts u. a. im Quiché konfrontiert.

Ernsthafte inhaltliche Auseinander-

setzungen bzw. Regierungsprogramme, über die sich die Parteien profilieren könnten, gab es bis zum Schluss nicht. Auch zahlreiche Foren, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu relevanten Themen wie Sicherheit, die Landfrage, Frauen, Indígenas, Jugend und anderen Aspekten organisiert worden waren, wurden von den eingeladenen PräsidentschaftskandidatInnen kaum ernst genommen. Vielmehr hatten diese, wenn sie denn teilnahmen, wenig dazu zu sagen.

Doch, trotz aller Mahnungen von Seiten des *Obersten Wahlgerichts* (TSE), eine friedliche Kampagne zu fahren, unterstrich diese Instanz auch diesbezüglich einmal mehr sein Image völliger Ineffizienz. Trotz angeblicher Informationskampagnen wussten kurz vor Sonntag viele Wählende immer noch nicht, an welchem Ort sie wählen müssen. Durch den neuen Plan der Dezentralisierung wurden viele neue Wahllokale eingerichtet, doch die Zuweisungen von WählerIn und Lokal waren nicht immer von Vorteil für die BürgerInnen. Ausserdem ging das TSE weder konsequent gegen den inoffiziellen Start der Parteienpropaganda lange vor der Einläutung des Wahlprozesses vor noch gegen das Unterlassen seitens der grossen Parteien, die Quellen ihrer Finanzierung offen zu legen und das vom TSE bestimmte Budgetlimit von 42 Mio. Quetzales zu beachten.

Während die ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) drohen, wichtige Strassenzüge am Tag der Wahlen zu blockieren, wenn sie die dritte Rate ihrer „Entschädigungszahlungen“ nicht erhalten, stellt vor allem das Wetter den Risikofaktor Nr. 1 dar. Infolge des Hurrikans Felix werden weiterhin starke Regenfälle erwartet, die der Bevölkerung den Weg zu den Urnen mit Erdbeben versperren können. Vor einer Woche sind 12 von 15 SympathisantInnen der UNE auf dem Rückweg von einer abgesagten Wahlveranstaltung, von einem durch den Regen angestiegenen Fluss mitgerissen worden, den sie mit ihrem Pick-up durchqueren wollten. Drei Personen konnten gerettet werden.

Die Wahlen am 9. September, die vierten demokratischen infolge seit 1985, werden die „bestbeobachteten“ sein: Nationale und internationale Freiwillige, die internationalen Missionen und nationale wie internationale JournalistInnen summieren sich zu rund 70'000 akkreditierten BeobachterInnen.

Die letzte Fahrt

Guatemala, 06. Sept. Die Wagons der einzigen Eisenbahn in Guatemala durchqueren zum letzten Mal das Land. Seit Dienstag hat das Unternehmen Ferrovías den Schienenfrachtverkehr auf der Strecke Puerto Barrios, Izabal – El Rancho und El Progreso eingestellt, die Route El Rancho – Guatemala wird in der kommenden Woche stillgelegt. Diese Massnahme schliesst nicht nur das Eisenbahnkapitel der Geschichte sondern führt zu einem deutlichen Preisanstieg von Stahl führen, dem Hauptfrachtgut auf beiden Strecken. Der Geschäftsführer des Metallgremiums schätzt diesen auf 10 US-\$ pro Tonne. Bislang wurden jährlich 150'000 Tonnen Stahl und Folgeprodukte auf Schienen von der Atlantikküste in die Hauptstadt transportiert.

Somit beendet Ferrovías nach nur 10 von insgesamt 50 Nutzfahren den Frachtverkehr, die dem Unternehmen 1997 zugesichert worden waren. Bereits im Juli hatte dieses angekündigt, die ausstehenden Transporte zu erledigen und im Oktober das Geschäft zu schliessen mit dem Argument, dass Präsident Berger in seiner Deklaration im August 2006, in der er den Vertrag mit Ferrovías kurzfristig auflöste, laut dem dieses Unternehmen die Lokomotiven der Guatemaltekschen Firma FEGUA nutzen konnte. Es begann ein legaler Streit, den Henry Posner III, Präsident der *Railroad Development Corporation* (RDC), die Ferrovías finanziert, nun persönlich beendete indem verkündete, sie würden sich nicht in einem Land engagieren, das sie

nicht haben wolle.

Der US-amerikanische Magnat Posner III ist bekannt geworden durch den Kauf von baufälligen Eisenbahnen, hat sie instand gesetzt und in Ländern wie Malawi, Estland und Guatemala wieder rentabel gemacht.

Mit der Schliessung von Ferrovía werden 75 Personen ihren Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass Ferrovía bis zum Ablauf der 50 Jahre Vertragszeit auf Basis des Konzepts einer Subsistenzwirtschaft im Land bleiben wird.

24% Analphabetismus

Guatemala, 27. Aug. Nach der Nationale Umfrage in Bezug auf die Lebensbedingungen von 2006 (ENCOVI) wurden jetzt Teile der Ergebnisse bekannt gegeben. Demnach beläuft sich der durchschnittliche Schulbesuch auf knapp 4 Jahre pro EinwohnerIn. Das bedeutet, dass im Schnitt die fast 13 Millionen GuatemalteksInnen, noch nicht einmal die ersten sechs Schuljahre der formalen Bildung abschliessen.

Die Angabe der so niedrigen durchschnittlichen Schulausbildung, von der v. a. die arme Bevölkerung betroffen ist, stellt einen klaren Gegensatz zu den Indizes des Bildungsministeriums dar. Dieses behauptet, dass die Grundschulsektion im Land, die die Schuljahre 1 bis 6 umfasst, zu 95% gedeckt seien. Folglich besuchen alle Kinder im Alter von 10 Jahren heute eine öffentliche oder private Schule besuchen.

Doch angesichts der anhaltenden Zwiste zwischen LehrerInnen und Bildungsministerium dürfen diese Zahlen und zudem die Qualität der Lehre und des jeweiligen Lernumfeldes weiterhin in Zweifel gezogen werden.

Dennoch ist durch zahlreiche Massnahmen eine Senkung der AnalphabetInnenrate auf 24% gelungen.

Ministerin Aceña und Virgilio Álvarez von der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) unterstreichen derweil die Notwendigkeit, nun besonderes Augenmerk auf die Schulbildung der Kleinsten und Grössten zu legen. Aceña beruft sich auf den eingeschränkten Etat, der das Erreichen der Ziele erschwere, die Abdeckung des Vorschulbereichs um 20% und den der weiterführenden Schulen um 40% zu erweitern.

Álvarez macht dabei darauf aufmerksam, dass es nicht nur eine Frage des Lernangebotes sei, sondern noch etwas eine grosse Rolle für den Schulabgang vor der weiterführenden Schule spielt. Auf den Jugendlichen laste heutzutage ein grosser Druck, sich in die Arbeitswelt zu begeben, da sie ihre Familien finanziell unterstützen müssen – die Statistiken zur Verbreitung der Armut im Land sekundieren diesen Zusammenhang zwischen Anstieg von Armut und frühem Schulabbruch.

Einladung zum Informations- und Kooperationstreffen Guatemala 2007

Vom 26. - 28. Oktober 2007 in Stuttgart findet das diesjährige Jahrestreffen der Guatemala Solidarität statt. Dazu wird herzlich eingeladen!

Das Programm ist wieder einmal spannend und vielfältig. Themen sind: Migration aus Lateinamerika in die USA, der Stand und Perspektiven der ländlichen Entwicklung in Guatemala in Sachen Menschenrechte und Ressourcenkonflikte, die Arbeit und Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala sowie die neuen Menschenrechtsgesetzlinien der Europäischen Union und deren Vorhaben einer Handelsvereinbarung mit Zentralamerika. Anlässlich des Zeitpunktes wird es einen Rückblick auf die erste Runde der Präsidentschaftswahlen mit Blick auf die Kandidatur Rigoberta Menchús geben und einen Ausblick auf die sehr wahrscheinliche zweite Runde im November. Auch der Stand und die Pläne der Solidaritätsarbeit für Guatemala in Deutschland stehen auf dem Programm, ebenso wie das Bonbon für Interessierte, an einer Diskussionsrunde über das Freiwilligenprogramm des *Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) teilzunehmen.

Veranstaltet wird das Treffen von der *Ökumenischen Initiative Mittelamerika* und der *Guatemala Gruppe Nürnberg*.

Anmeldungen bitte per Mail oder Brief bis zum *10. Oktober 2007* an Ralf Häußler:

Email: ralf.haeussler@web.de; Friedrichshafenerstr. 58; 89079 Ulm; Tel.: 0731 – 481567.

Es wird um Überweisung des Teilnahmebeitrags von 40 - 70 € (nach Selbsteinschätzung) bis zum *15. Oktober 2007* auf folgendes Konto gebeten:

Ökumenische Initiative Mittelamerika e.V.; Stichwort: Guatemala - Jahrestreffen 2007; Evangelische Kreditgenossenschaft; BLZ 600 606 06; Kto.Nr. 415189

Mit der Überweisung ist die Teilnahme am Seminar gesichert!

Alle Informationen gibt es auch noch einmal auf der Internetseite www.guatemala.de.